

Sehr geehrte Damen und Herren, anbei die Themen der Woche:

## **Düngeverordnung wird nachgebessert**

Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt schließt Nachbesserungen am vorliegenden Regierungsentwurf für eine Novelle der Düngeverordnung nicht aus. „Über einige Punkte des Entwurfs werden wir noch einmal diskutieren müssen“, sagte der Minister. Er verwies auf eine Vielzahl von Verbesserungsvorschlägen, die Verbände und Länder in den Anhörungen gemacht hätten und die jetzt von seinem Haus eingehend geprüft würden. Wichtige Hinweise habe es zum Beispiel zur vorgesehenen Reduzierung der Phosphatausbringung gegeben, sagte der Minister. Zum anderen müsse man sich noch einmal genau anschauen, wie die vorgesehenen regionalen Abweichungsmöglichkeiten auszugestalten seien. Schließlich werde man sich Gedanken machen, „wie wir die Verbringung von Gülle in der Novelle regeln können“. Schmidt geht davon aus, einen zustimmungsfähigen Entwurf vorlegen zu können. Die EU-Kommission nehme zur Kenntnis, dass die Bundesregierung intensiv an einer Novelle arbeite. Daher werde sie das eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren zunächst nicht vorantreiben. Weiterhin zuversichtlich beurteilt Schmidt die Aussichten auf eine Verständigung mit den Ländern. Das gelte auch für die Anlagen zur Lagerung von Jauche, Gülle und Sickersäften (JGS-Anlagen) und den von allen Seiten geforderten Bestandsschutz. (AgE)

## **QS aktualisiert tierärztlichen Betreuungsvertrag**

Wie die QS GmbH mitteilt, wurde zum Jahresbeginn das Muster für den tierärztlichen Betreuungsvertrag überarbeitet. In Abstimmung mit berufsständischen Vertretern der Tierärzte- und Landwirtschaft sind einige Formulierungen nun noch deutlicher gefasst. Der Mustervertrag enthält Mindestanforderungen, die sich auf die Definition der Bestandsbetreuung, Aufgabenverteilung, Besuchsfrequenzen und Dokumentationspflicht beziehen. Der aktualisierte Mustervertrag sollte für jeden neuen Vertragsabschluss genutzt werden. Vorhandene Verträge, die den inhaltlichen Stand des Musters ab dem 1. April 2013 oder später widerspiegeln, müssen nicht ausgetauscht werden.

Den aktuellen Betreuungsvertrag finden Sie unter <https://www.q-s.de/dokumentencenter/dclw-gefluegelmast.html>

## **Schmidt kündigt Zeitplan für Ausstieg aus der Tötung von Küken an**

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt ergreift beim angestrebten Ausstieg aus der Tötung männlicher Küken die Initiative. Bis Ostern will er dafür einen realistischen Zeitplan vorlegen, obwohl das Verwaltungsgericht in Minden Anfang Februar einen nordrhein-westfälischen Erlass für ein Verbot des Tötens von männlichen Eintagsküken für unzulässig erklärt und dies mit der fehlenden Rechtsgrundlage im Bundestierenschutzgesetz begründet hatte.

## **Rukwied: Gesellschaftliche Debatte braucht klare Standpunkte**

„Die deutschen Bauern sind für jede Diskussion mit Verbrauchern, Öffentlichkeit und Nichtregierungsorganisationen offen. Eine wirklich offene und transparente gesellschaftliche Debatte über Landwirtschaft und Ernährung erfordert aber klare Standpunkte, die wir auch so im Sinne der Landwirtschaft vertreten werden.“ Das stellte der DBV-Präsident, Joachim Rukwied, in dieser Woche fest. In Teilen der Politik und bei vielen Akteuren seien jedoch mehr fachliche Expertise und ökonomischer Realismus dringend gefragt. Diese Debatte wird zu keinem Ergebnis führen, wenn fachlich unsinnigen Positionen nachgegeben werde. Als Beispiel nannte Rukwied die Frage der nicht-kurativen Eingriffe bei Nutztieren. Eine Minimierung solcher Eingriffe liegt auch im Interesse der Tierhalter. Allerdings erfordert das eine sorgfältige Abwägung bei allen Lösungsansätzen, insbesondere muss dabei das Tierwohl im Vordergrund stehen. Die gesunkenen Erzeugerpreise in vielen Marktsegmenten hätten das Thema Wertschätzung für Lebensmittel wieder auf die agrarpolitische Tagesordnung gesetzt. Die Landwirte stehen aktuell unter einem hohen Preis- und Kostendruck und sehen sich gleichzeitig mit steigenden Anforderungen aus Gesetzgebung, Auflagen und aus der Vermarktung konfrontiert. Vor diesem Hintergrund müsse besser unterschieden werden, was machbar und was wünschenswert ist. Veränderungen müssen an der Ladentheke gelingen, von den Verbrauchern mitgetragen und letztlich auch wirtschaftlich erfolgreich sein, forderte der Bauernpräsident. Die Landwirte könnten unternehmerisch mit den Herausforderungen der Märkte umgehen, wenn die politischen Rahmenbedingungen stimmen und die Forderungen an ihre Produktion sich in tatsächliche Nachfrage umsetzen würde.